

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. gibt die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ heraus. Sie erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), vertreten durch Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann

Redaktion: Dr. Friedrun Erben
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de

Redaktionsbeirat: Ina Bielenberg, Dr. Paul Ciupke, Gertrud Gandenberger, Dr. Meron Mendel, Wolfgang Pauls, Dr. Melanie Piepensneider, Dr. Beate Rosenzweig, Ulrike Steimann

Bezug: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-12, Fax: 030 400401-22
E-Mail: redaktion@adb.de
Internet: www.adb.de/zeitschrift_ab

Die Themen aller Hefte, ausgewählte Artikel und weitere Informationen finden Sie unter www.adb.de/zeitschrift_ab. Unter diesem Link können die Ausgaben der „Außerschulischen Bildung“, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, kostenlos abgerufen werden.

Förderer: Die Zeitschrift wird durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

ISSN: 0176-8212

Bestellung

Hiernit bestelle ich / bestellen wir

Abonnement(s) der „Außerschulischen Bildung“ zu den angegebenen Bezugsbedingungen.

Start des Abonnements ab Ausgabe

Lieferschrift

Rechnunganschrift (falls abweichend)

Datum _____

Unterschrift _____

Bezugsbedingungen:

Einzelheft: 7 €
1 bis 3 Abonnements: jährlich 20 €
ab 4 Abonnements: jährlich 16 €
Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare, Arbeitslose: jährlich 16 €
Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Eine Kündigung des Abonnements muss 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres in schriftlicher Form erfolgen.

Bitte
freimachen

Rückantwort

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
Mühlendamm 3
10178 Berlin

Die „Außerschulische Bildung“ ist ein Muss für alle Aktiven und Interessierten der politischen Bildung. Die Zeitschrift ...

bietet Beiträge zu aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft

verknüpft Theorie und Praxis

Zum Verhältnis von Inklusion, Wertschätzung von Vielfalt und Menschenrechtsbildung

Ein Streifzug durch die pädagogische und wissenschaftliche Diskussion

Aus einer menschenrechtlichen Perspektive wird in diesem Beitrag ein Blick auf den Inklusionsbegriff und das enge Verhältnis zu Partizipation geworfen. Zudem wird die Frage gestellt, wie die Konzepte der Inklusion und der Wertschätzung von Vielfalt der Konzepte zu er...

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

Grundlagen und politischen Legitimationen politischer Bildung zu skizzieren.

Aus Profession und Politik

Leitlinien zur inklusiven Bildung neu aufgelegt

Die UNESCO-Publikation „Inklusives Lernen für die Bildungsgesellschaft“ ist in der dritten Auflage erschienen. Ein reformiert darüber, was gemeinsame Lernen gelingen kann, informiert über die neuesten internationalen Fortschritte und gibt Empfehlungen zur Umsetzung in Deutschland.

Convention on the Rights of Persons with Disabilities

Das Committee on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) ist ein Parteivertreten, der aus 18 unabhängigen Experten gebildet wird. Seine Fachaufgabe ist für die Berichterstattung der Länder und Staatsverpflichtungen, die die Convention on the Rights of Persons with Disabilities“ enthält haben, zuständig. Diese Berichterstattung ist ein wesentlicher Mechanismus für die tatsächliche Umsetzung der Konvention. Jeder Staat muss zwei Jahre nach der Ratifizierung und dann alle vier Jahre einen Bericht abgeben, der der Vertragschließenden ist. Es kann zudem von sich aus weitere Vorstände der Staaten gegen die Konvention einbringen.

Ausländer_innen in Deutschland: 10. Lagebericht veröffentlicht

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Aydin Gevorgyan (SPD), hat einen 700-seitigen Lagebericht zur Situation von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland für den Berichtzeitraum vom Juni 2012 bis Mai 2014 veröffentlicht. Demnach leben 2012 insgesamt 16,3 Millionen Menschen im Bundesgebiet.

Veranstaltungen

20. bis 25. April 2015
Darmstadt (Darmstadt)

28. April 2015
Bonn

6. Juni 2015
Kassel

Politische Bildung für Menschen mit Behinderungen

Eine wichtige Aufgabe für die außerschulische Bildung zwischen Inklusion und Zielgruppenorientierung

In diesem Beitrag werden politische Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen thematisiert. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über Inklusion plädiert der Autor für die Ergänzung von inklusiven Ausbildungen. Er erläutert sein Vorgehen anhand „Besuche von Politikerinnen/Politikern und Themen“. Dem Autor ist es wichtig, mit dieser Ahnung zu motivieren. von Jürgen Lutz

Rezeptionen

Amadeu Antonio Stiftung/Heike Rabhan (Hrsg.): Gender und Rechtsnarrativprävention

von Andrea Rabhan und Andrea Grottel (Mitarbeiterinnen der Amadeu Antonio Stiftung) werden in einem Sammelband von Heike Rabhan „Rechtsnarrative und Gender“ näher beleuchtet. Im gleichen Jahr wurde die Fachzeitschrift „Gender und Rechtsnarrative“ bei der Amadeu Antonio Stiftung gegründet, um in Theorie und Praxis der präventiven Bildungsarbeit gegen Rechtsnarrative auch geschlechtsspezifische Ansätze zu fördern sowie konkrete Handlungsoptionen für eine geschlechtergerechte und gleichberechtigte Prävention zu entwickeln. Der hier vorliegende Sammelband ist in diesem Zusammenhang sowohl eine vorläufige Gesamtüberblick der bisherigen Arbeit der Fachzeitschrift als auch ein Überblick über den aktuellen Forschungsstand – dementsprechend sehr lesenswert und einsehbar.

Der Band ist in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt werden von Heike Rabhan die Präventions- und Handlungsansätze der geschlechterorientierten Präventionsarbeit besprochen. Im zweiten Teil „Die Funktion von Gender in modernen Rechtsnarrativen“ (S. 16) dargestellt. Ergänzt wird dies durch historische Analysen der Geschlechterrollen in der DDR von Heidegund Maria Nitsch (S. 37-50) und der Frauen- und Genderpolitik in der Bundesrepublik Deutschland von Heike Werbach (S. 51-70).

Im zweiten Abschnitt fokussieren sich die weiteren Autorinnen und Autoren auf aktuelle Rechtsnarrative des Rechtsnarrativs und auf die in der Rechtsnarrativs des geschlechtsspezifischen Gewaltverbrechens. So befasst sich Ingeborg Andrea Rabhan mit dem Geschlechterbild der „Immigrationsfrauen gegen 1992“, die durch die Bundesveränderungen im Jahre 2000 entstanden wurden. Rabhan weist darauf hin, dass bereits im Rechtsnarrativ des geschlechtsspezifischen, biologischen Erbes einen starken Stellenwert einnahm und die heutige Biologie von Rassismus auf biologische Grundlagen oder soziale Erklärungsansätze in einer Linie einen Anschluss darstellen, was gegenüber rechtsnarrativem Gedankengut wiederholbar ist und in der eigenen „ethisch begründeten Prävention“ (S. 75) zu integrieren.

Die Beiträge des letzten Abschnitts behandeln zugleich die Verhältnisse von Rechtsnarrativen und Gender. In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung von Gender in der politischen Bildung diskutiert. In der Einleitung des Bandes wird die Bedeutung von Gender in der politischen Bildung diskutiert. In der Einleitung des Bandes wird die Bedeutung von Gender in der politischen Bildung diskutiert.

berichtet aus der Praxis politischer Bildung

unterstützt durch vielfältige Informationen und Anregungen

bereitet aktuelle Publikationen aus Bildung, Politik und Gesellschaft

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

